

Anzeiger von Uster

Dienstag, 5. September 2017 | Nr. 205 | CHF 3.50 | w

CHRIS & MIKE

Zwei Brüder, ein Piano, viel Boogie

Im «Lunch Talk» in Wetzikon ging die Post musikalisch ab: Chris & Mike hatten ein Piano mitgebracht. **SEITE 7**



WIDERSTAND

Viel Gegenwind für Zentrumsüberbauung

Die RPK will die Vorlage über die Zentrumsüberbauung Wolfhausen an der Gemeindeversammlung zurückweisen. **SEITE 5**

STEIGERUNG BRINGT

Uster zeigt zwei verschiedene Gesichter

Erstligist Uster ist mit einem neuen Saison gestartet. Die erste Hälfte gegen Einsiedeln war ein Erfolg, die zweite Hälfte gegen Ustermern aber missraten. **SEITE 3**

Uster bekommt einen weiteren Park

USTER Der Ustermer Gemeinderat genehmigt den Gestaltungsplan «Park am Aabach». Ausschlaggebend war, dass die SP an die Chance auf günstige Wohnungen glaubt.

Es ist ein Kernelement der Ustermer Stadtplanung, dem der Gemeinderat gestern zugestimmt hat: Im Gebiet zwischen der Florastrasse und dem Aabach soll ein grosser öffentlicher Park entstehen, der von mehreren Wohnhäusern flankiert wird –

die Überbauung «Park am Aabach». In diesem Gebiet mit drin sind auch die Dorfbadi und die Villa am Aabach.

Das Parlament genehmigte den Gestaltungsplan für das Areal mit 22 zu 10 Stimmen. SVP, FDP und SP waren für den

Antrag des Stadtrats, GLP, EVP, BDP, CVP, die Grünen und die BPU waren dagegen.

Umstrittene Nutzung

Das Gebiet, auf dem die Überbauung zu stehen kommen soll, ist so gross wie acht Fussballfelder. Der geplante Park soll von der Dorfbadi bis zum Aabach führen und die Badi damit gegen den Bach hin öffnen. Die Häuser

kommen westlich des Parks, direkt am Wasser zu stehen; drei davon auf privatem Grund südlich des Bachs, zwei nördlich auf städtischem Boden.

Die Grundzüge der Überbauung waren im Parlament nicht umstritten. Uneinigkeit herrschte hinsichtlich der Nutzung aber auch in Sachen Hochwasserschutz. GLP-Gemeinderätin Ursula Räuftlin beantragte, den Ge-

staltungsplan zurückzuweisen, damit der Stadtrat den Hochwasserschutz überarbeitet. Auch wollte sie für den städtischen Teil eine ausschliesslich öffentliche Nutzung festschreiben. Die Grünen, die BPU und die «Mittefraktion» folgten ihr, nicht aber die SP. Die Sozialdemokraten wollen Wohnnutzung erlauben – er soll aber «preisgünstig» sein. *rbr* **SEITE 3**

Bauen am Wasser soll möglich sein

USTER Die Überbauung «Park am Aabach» erhält strengere Umwelt-Vorschriften als vom Stadtrat gewünscht. Die neuen Häuser dürfen aber direkt am Wasser gebaut werden – und in allen sollen Wohnungen erlaubt sein.

Nicht viel hätte gefehlt, und der Gestaltungsplan «Park am Aabach» hätte Schiffbruch erlitten. Und das bei einem Vorhaben, das im Grundsatz alle Fraktionen im Gemeinderat begrüssen: Zwischen Florastrasse und Aabach soll ein grosser öffentlicher Park entstehen, der die Dorfbadi mit dem Bach verbindet.

Letztlich war das Resultat zwar deutlich: Mit 22 zu 10 Stimmen hiess der Gemeinderat den Gestaltungsplan «Park am Aabach» gut. Dennoch stimmten immerhin drei Fraktionen dagegen, weil ihre Änderungsanträ-

ge keine Mehrheit fanden: Die GLP-EVP-CVP-BDP-Fraktion, die BPU und die Grünen. Für das Ja sorgten SVP, FDP und SP.

Kritik an Wohnungen

Hauptkritikpunkte der Gegner waren die Nutzung und der Hochwasserschutz. Der Gestaltungsplan sieht vor, dass der Aabach in diesem Gebiet renaturiert wird. Das heisst, das Bachbett soll vergrössert werden und der Bach erhält Platz, um zu mäandrieren. Im westlichen Teil des Geländes sind aber bis zu sechsstöckige Häuser geplant, die direkt neben

dem Bach zu stehen kommen. Für die GLP zu nahe. «Meines Erachtens ist es gemäss der Gewässerschutzverordnung nicht zulässig, hier so nahe am Gewässer zu bauen», sagte Gemeinderätin Ursula Räuftlin. Weiter plädierte sie dafür, dass zwei Baufelder auf städtischem Gebiet ausschliesslich für öffentliche Nutzung reserviert werden sollen, etwa für einen Kindergarten oder Sportanlagen. Der Gestaltungsplan sieht dort hingegen auch den Bau von Alterswohnungen vor.

Unterstützung bekam Räuftlin bei ihren Änderungsanträgen von der BPU und von den Grünen: «Der Hochwasserschutz ist ungenügend», sagte BPU-Gemeinderat Paul Stopper. Meret Schneider (Grüne) würde die Gründfläche

am liebsten gar nicht bebauen – und wenn, dann nur für eine öffentliche Nutzung.

Mehr erneuerbare Energien

Beide Änderungsanträge fanden im Rat jedoch keine Mehrheit. Jürg Krauer (FDP) erinnerte daran, dass gemäss Schulraumstudie keine weiteren Schulbauten auf dem Gebiet notwendig seien. Und Hans Keel (SVP) mahnte, generell nicht zu viele Vorschriften aufzustellen. Bauvorstand Thomas Kübler (FDP) stellte zudem klar, dass der Gewässerschutz zusammen mit dem Kanton erstellt worden sei. «Ich bin deshalb überzeugt, dass die Bauten am Wasser zulässig sind.»

Auch die SP war sowohl gegen die Überarbeitung des Hochwas-

serschutzes als auch gegen die Festlegung auf eine ausschliesslich öffentliche Nutzung einzelner Baufelder. Die Sozialdemokraten werden sich aber dafür einsetzen, dass bei den städtischen Bauten Vorgaben für «preisgünstige Wohnungen», gemacht werden», wie Gemeinderätin Karin Niedermann sagte.

So fand der Gestaltungsplan gestern letztlich eine Mehrheit – allerdings gab es auch Änderungen gegenüber der Fassung des Stadtrats. So muss die Energie für Heizung und Warmwasser mindestens zu 50 Prozent aus erneuerbaren Quellen stammen und bei der Bepflanzung sind ausschliesslich einheimische Bäume und Sträucher erlaubt.

Raphael Brunner